

Calmer Tagblatt

Nr. 271.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigepreis: Die kleinste Seite 25 Hg. Restamen 50 Hg. — Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Donnerstag, den 20. November 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zehnerlohn Mf. 3.30 vierteljährl., Postbezugspreis im Orts- u. Nachbarteilbezirk Mf. 3.50, L. Fernverkehr Mf. 3.60. Beleg, u. Aufschlag 20 Hg.

Der Zentrumsführer Gröber †.

Berlin, 19. Nov. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung, Abg. Gröber, ist heute mittags 12¼ Uhr während eines Gesprächs mit dem Geheimrat Jungheim von einem Schlaganfall ereilt worden und verschieden. — Der Abg. Gröber hatte sich heute vormittags in den Reichstag begeben, um mit dem Vizepräsidenten eine Parteiangelegenheit zu besprechen. Kaum hatte er das Haus betreten, als er tot zusammenbrach. Gröber hatte bekanntlich vor einigen Wochen im Reichstag einen schweren Ohnmachtsanfall erlitten. Man glaubte, er habe sich davon erholt; nun hat es sich aber gezeigt, daß die Hoffnung trügerisch war.

Berlin, 20. Nov. Ohne Unterschied der Partei erkennen die Morgenblätter an, daß mit dem Abg. Gröber nicht nur das Zentrum einen seiner bedeutendsten Führer, sondern auch die übrigen Fraktionen einen ihrer ältesten Kollegen verlieren, der sich (wie die „Voss. Ztg.“ schreibt) trotz bestimmter Betonung seines persönlichen politischen Standpunktes die Sympathien aller Mitglieder des Parlaments zu sichern verstand. Wie kaum ein anderer hat er das Amt eines Abgeordneten bewertet, und er ist unzweifelhaft einer der fleißigsten Abgeordneten gewesen. — Das „B. Tagbl.“ hebt hervor, daß Gröber Zeit seines Lebens Demokrat war und nie den tieferen Zusammenhang mit den Volksmassen verlor. — Der „Vorwärts“ sagt: Sein Charakter sicherte ihm auch die Hochachtung seiner politischen Gegner.

Zur Vertagung des Untersuchungsausschusses.

Der Untersuchungsausschuß hat sich nach der Vernehmung Hindenburgs und Ludendorffs auf unbestimmte Zeit vertagt. Wann und ob er überhaupt in dieser Form noch einmal tagen soll, darüber sind die Meinungen geteilt. Wie wir von vornherein gesagt hatten, war die bisherige Art der Untersuchungsführung weder in unserem inner- noch außerpolitischen Interesse, da sowohl die Untersuchungsleitungen als auch die Zeugen bezüglich der Hauptmomente, auf die es bei der Frage des Ausbruchs und der Verlängerung des Krieges ankam, selbstverständlich nur persönliche Gefühlsurteile zum Ausdruck brachten, die angesichts der unüberbrückbaren Anschauung der Parteien schließlich zum Konflikt kommen mußten. Wir sehen aus dem Urteil der Berliner Presse von rechts und links ganz deutlich, wie auch die Aussagen Hindenburgs vollständig vom jeweiligen Parteistandpunkt betrachtet werden. Eine objektive Aufklärung darüber, ob wir bei entsprechendem Verhalten der Obersten Heeresleitung und der Regierung zu einem Frieden der „Verständigung“ hätten kommen können, wird von deutscher Seite allein niemals gegeben werden können, denn es handelt sich doch schließlich darum, auf welcher Waise die Feinde und mit ihnen Wilson einen solchen Verständigungsfrieden als möglich erachtet hätten.

Ein Zwischenfall während der Vernehmung Hindenburgs und Ludendorffs.

Berlin, 18. Nov. Während der Vernehmung des Generals Ludendorff kam es heute, als der Zeuge sich über die Weltlage zur Zeit der Berufung des Generalstabschefen v. Hindenburg an die Spitze der O. S. L. äußerte, zu einem Zwischenfall. Der Vorsitzende unterbrach den Zeugen und machte ihn darauf aufmerksam, daß Werturteile nicht abgegeben werden sollten. Sachverständiger Prof. Dietrich Schäfer erklärte nun, als Sachverständiger fühle er sich verpflichtet, festzustellen, daß er bei dem Beschluß des Ausschusses, Werturteile sollten nicht abgegeben werden, nicht mitgewirkt habe. Wenn die Entscheidung darüber, was ein Werturteil sei, einer einzelnen Person, also hier dem Vorsitzenden überlassen bleiben sollte, könne er das nicht als ein Verfahren anerkennen, wodurch die volle Wahrheit ans Licht gebracht werde. Der Vorsitzende entgegnete: Die Sachverständigen hätten selbstverständlich bei den Beschlüssen des Ausschusses nicht mitzuwirken. Er lege aber Verwahrung dagegen ein, daß ein Sachverständiger die Tätigkeit des Ausschusses in dieser Weise kritisiere. Prof. Schäfer beharrte bei seinem Einspruch, worauf der Vorsitzende die Verhandlungen unterbrach und der Ausschuß

sich zurückzog, um zu der Erklärung des Sachverständigen Stellung zu nehmen. Nach längerer Beratung verkündete der Vorsitzende den Beschluß den Ausschusses, durch welchen der Einspruch Prof. Schäfers zurückgewiesen wurde.

Urteile von rechts und links über das Ergebnis der Vernehmung Hindenburgs und Ludendorffs.

Berlin, 19. Nov. Als Ergebnis der gestrigen Ausschußverhandlungen bezeichnet die „Tägl. Rundschau“: Klareres als das, was Ludendorff verkündete, hat man selten gehört. Dieser „Hazardeur“ hat wie Atlas ganze Weltlasten auf sich getragen. Er war die Gewissenhaftigkeit selbst. Das Märchen von einer militärischen Kamarilla ist für immer zerstört.

Die „Deutsche Tagesztg.“ urteilt, daß jetzt alle Legenden, mit denen seit Jahren skrupellos gegen Hindenburg und Ludendorff gearbeitet wurde, restlos zerstört wurden.

Der „Berl. Lokalanzeiger“ schreibt: Die ganze Erklärung des Generalfeldmarschalls war eine einzige Anklage gegen die Mäxknechten in der Heimat, gegen die Fiesellostigkeit und schwächliche Halbheit, gegen den Brudersreit und die wachsende Selbstzerfleischung in der Heimat. Ihnen stellen die Aussagen Hindenburgs und Ludendorffs den ungeheuren Ernst gegenüber, mit dem sie von Anfang an die Lage beurteilten. Das Urteil der Geschichte brauchen die Zeugen von gestern nicht zu scheuen.

Im mehrheitssozialen „Vorwärts“ heißt es: Wenn man Ludendorff während 4 Stunden gesehen und gehört hat, fallen einem die letzten Binden von den Augen und man sieht ganz klar, warum und woran das alte Kaiser-Deutschland zugrunde ging: Am „Hochkommandierenden Feldwebel“. Ludendorff hat das Volk bewußt irreführt. Statt durch Enthüllung der furchtbaren Gefahr die letzte moralische Widerstandskraft zu wecken, hat er es eingeschläfert und durch Förderung einer wahnwitzigen Annektionstreiberi innerlich gespalten.

Die unabhängige „Freiheit“ führt u. a. aus: Hindenburg und Ludendorff lebten nur in dem Gedanken an den Frieden der Festschmetterung; deshalb sabotierten sie die Wilsonschen Friedensverträge. Deshalb begannen sie den U-Bootskrieg. Das Bo-Banque-Spiel hat mit einem Fiasko geendet. Aber die Schuldigen tragen ihr Haupt hoch. Wer möchte außerhalb der deutschen Grenzen das Land kennen, in dem die schuldigen Feldherren so vor einen Gerichtshof hinstehen können, wie Hindenburg und Ludendorff vor den Untersuchungsausschuß.

Abreise Hindenburgs von Berlin.

Berlin, 20. Nov. Hindenburg wird laut „Berliner Lokalanzeiger“ heute früh 8½ Uhr Berlin verlassen. Zunächst wird er in der Nähe Magdeburgs einen alten Freund besuchen, um dann nach Hannover weiter zu fahren. Er hat sich bereits gestern von Ludendorff verabschiedet. Nach der Reichshauptstadt wird er zurückkehren, wenn die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses wieder beginnen. — Es ist zu erwarten, sagt das Blatt, daß zu diesen Sitzungen auch noch weitere Mitglieder der Obersten Heeresleitung geladen werden.

Eine Denkschrift des deutschen Generalstabs über Elsaß-Lothringen aus dem Jahre 1917.

Stuttgart, 19. Nov. Das Stuttgarter „Neue Tagblatt“ veröffentlicht eine mit Randglossen des früheren Statthalters von Elsaß-Lothringen, v. Dallwitz, versehenen Denkschrift, die der Chef des Generalstabes des Feldheeres v. Hindenburg unterzeichnet, am 27. 12. 1917 an den Reichstanzler gerichtet hat, mit Vorschlägen zur zukünftigen staatsrechtlichen Gestaltung von Elsaß-Lothringen. Darin wird zunächst gefordert, daß ohne Rücksicht auf die künftige staatsrechtliche Stellung des damaligen Reichslandes eine Reihe von Sicherheiten gegen den französischen Einfluß geschaffen werden, nämlich:

1. Zwangsliquidation französischen Eigentums (Grundbesitz und industrielle Unternehmungen).
2. deutsche Besiedelung in den Grenzkreisen Saarburg, Chateau-Salins, Metz-Land, Diebentzen West und Ost,
3. Ausschluß französischer Versicherungsgesellschaft,
4. Ausschluß französischen Aktienkapitals,
5. deutsche Erziehung in Schule und Kirche (deutsche Unterrichtssprache, Reform des Klerus, Ausschaltung deutschfeindlicher Frauenorden,
6. Heranziehung der Böglinge der katholischen Priesterseminare zum Dienst mit der Waffe,
7. Austausch der höheren und mittleren Beamten mit alt-deutschen Landesleuten,
8. Ausschließliche Anstellung altdeutscher Forst- und Grenzpostpersonals,
9. Verbot der Ausübung der Jagd durch Ausländer; (auch Neutrale, handschriftliche Anmerkung des Statthalters, Herrn von Dallwitz),
10. Ausschließung der Ueberläufer ohne Amnestie.

Die Durchführung dieser Sicherheiten und die Verhütung des Landes von den Einwirkungen des Krieges, heißt es in der Denkschrift weiter, machen eine Uebergangszeit unter militärischer Verwaltung notwendig. (Soll wohl heißen: diktatorische Verwaltung, Anmerkung des Statthalters.) Ich bemerke Sie auf mindestens zehn Jahre, bei Fortbestand der Reichslande auf 20 Jahre, bei Verteilung der Autonomie müßte sie über ein Menschenalter hinaus dauern.

Die Denkschrift nimmt dann Stellung zu den damals erörterten Plänen einer Annexion Elsaß-Lothringens durch Preußen oder seiner Aufteilung unter die größeren Bundesstaaten und kommt dabei zu folgendem Schlussergebnis: Die Einverleibung in Preußen ist nach jeder Hinsicht die einfachste und beste Lösung. Teilung ist möglich, wenn sie ohne Mißstimmung der Bundesstaaten herbeigeführt werden kann und wenn die für diesen Fall aufgestellten Bedingungen erfüllt werden.

Teilung unter Preußen und Bayern ist der Mitbeteiligung Badens militärisch vorzuziehen. Fortbestand der Reichslande ist unerwünscht. Eine zwanzigjährige Uebergangszeit ist bei dieser Lösung unerlässlich. (Diktator: handschriftliche Anmerkung des Statthalters.) Verteilung der Autonomie ist unbedingt zu verwerfen. Elsaß-Lothringen würde in seinem Sonderleben nur noch besäct werden, rechtungslos dem französischen Einfluß erliegen und für Deutschland verloren sein. Wollte man den Versuch dennoch machen, so müßte eine über ein Menschenalter hinaus dauernde Uebergangszeit angelegt werden. (Diktator: handschriftliche Anmerkung des Statthalters.) Diese Bedingung wird sich bei der im Reichstag herrschenden Strömung nicht erreichen lassen; deshalb ist die Lösung auch aus diesem Grunde abzulehnen.

Das Stuttgarter „Neue Tagblatt“ schreibt dazu, daß die Denkschrift von der französischen Straßburger Regierung sehr offensichtlich als Wahlflugblatt zugunsten von Millerand Clemenceaus nationalisiertem Blois in Elsaß-Lothringen verbreitet worden ist.

Zur äußeren Lage.

Der „Vorwärts“ zum Ausgang der Washingtoner Konferenz.

Berlin, 20. Nov. Unter der Ueberschrift „Washington ohne deutsche Vertretung“ wird im „Vorwärts“ gesagt: Die Washingtoner Konferenz hat das gleiche Schicksal gehabt wie das Hornberger Schicksen. Ohne das in sozialpolitischen Fragen erste Land der Welt, als das Deutschland allgemein gilt, mußte diese Konferenz ein Fehlunternehmen sein. Daß Deutschland nicht daran teilnehmen konnte, liegt auch schließlich bei den alliierten Mächten, denen alle Hindernisse zuzuschreiben sind, die Deutschland von der Teilnahme an dieser ersten großen Arbeitskonferenz ferngehalten haben.

Ein neuer Beweis

„neutraler“ Haltung der Schweiz.

(W.B.) Appenzell, 18. Nov. Die „Appenz. Ztg.“ erklärt die Meldung der Genfer „Suisse“, die Schweiz werde Entschädigungsansprüche an Deutschland in Höhe von etwa 54 Millionen Franken bei der Friedenskonferenz stellen, in dieser Form für unrichtig. Soweit der schweizerische Handel durch den Tauchbootkrieg zu Schäden gekommen sei, werde die deutsche Regierung aller-

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

Wer zeichnet, spart und gewinnt!

dinge im Prinzip hierfür haßbar erklärt werden, da der U-Bootskrieg an und für sich völkerrechtswidrig gewesen sei. Eine dahingehende Ersatzforderung werde aber auf direktem Wege in Berlin erhoben werden und nicht auf dem Umwege über die Friedenskonferenz, weil, wenn man letzteren Weg einschlägt und der Friedenskonferenz das Recht der Vollstreckbarkeit übertragen würde, sich die Schweiz ihrer Neutralität begeben und zu den Kriegsparteien würde. Was die schweizerischen Staatsangehörigen in Frankreich und Belgien ansehe, so müsse Deutschland auch diesen Schaden vergüten. Möglicherweise habe der Bundesrat sich bereits mit diesen Fragen befaßt. — (Und die Entschuldigungsansprüche an die Entente wegen der Vergewaltigung des Schweizer Handels?)

Der Wirwar in Rußland.

Stockholm, 19. Nov. „Svenska Dagbladet“ meldet aus Helsingfors, daß die Bolschewiken längs des Finnischen Meerbusens in der Richtung Ontoba (?) große Fortschritte machten. Die estnische Nationalarmee soll sich auf eine nahe der Grenze gelegene und leichter zu verteidigende Stellung zurückgezogen haben.

(W.B.) Helsingfors, 20. Nov. Die Gerüchte über die Entwaffnung der Armee Kubentichs und deren Unterstellung unter das estnische Kommando sind falsch. Nichtig dagegen ist, daß ein Kompromiß abgeschlossen wurde.

(W.B.) Moskau a. Don, 20. Nov. Eine Gruppe der gallizischen Armee in Stärke von ungefähr 20 000 Mann, die den linken Flügel Petkuras bildet, ist zu folgenden Bedingungen zur Armee des Generals Denikin übergegangen: 1. Erhebung der gallizischen Offiziere durch russische Offiziere; 2. Verleumdung der Regierung an einen anderen Frontabschnitt der Freiwilligenarmee. Dieser Zusammenstoß bewirkt die Befreiung der Gegend von „Brot- und Butter“.

Berlin, 19. Nov. Gutskow, der ansehnlich in Berlin weilt, erklärte in einer Unterredung mit Hans Bork u. a., daß Freundschaftsverhandlungen zwischen der Sowjetregierung und ihren russischen Gegnern unmöglich seien. Sollte eine Verständigung von Seiten der Entente erlangen, so werde eine scharf ablehnende Antwort der russischen Antibolschewisten erfolgen, selbst in dem Falle, daß die Entente unter solchen Umständen weitere finanzielle und materielle Unterstützung der Freiwilligenarmee ablehnen sollte.

* Berlin, 20. Nov. Dem „B. L. M.“ zufolge ist nach amerikanischen amtlichen Mitteilungen in Madagaskar ein Aufstand ausgebrochen. Bisher sind daran nur Russen beteiligt.

Das englische Geschäft blüht.

London, 19. Nov. König Peter von Serbien richtet an das englische Volk einen Appell, in dem er es einladet, mit der Serbien während des Krieges bewährten Hilfe fortzufahren, um zur Wiederaufhebung der verwühten serbischen Gebiete beizutragen.

London, 19. Nov. Eine britische Mission wird nach Moskau am Don abreisen, da England der wirtschaftlichen Führung in Südrußland, wo ein Volk von 40 Millionen Menschen dem Bolschewismus ausgeliefert werde, die größte Bedeutung beilege.

England und die Maltafrage.

(W.B.) London, 20. Nov. In Beantwortung einer Anfrage erklärte der Kolonialunterstaatssekretär im Unterhaus, daß die britische Regierung beschloßen habe, der Insel Malta für die rein lokalen Angelegenheiten volle Autonomie zu gewähren. Wir hoffen, sagte er, daß die neue Verfassung zu Beginn des Jahres 1921 in Kraft treten kann. Die Reichsbehörden werden die Kontrolle der militärischen und maritimen Angelegenheiten, sowie der anderen Fragen, die mit der Stellung Malts als Festung und als Reichshafen in Zusammenhang stehen, beibehalten. Zur Instandsetzung der Festung wird eine gewisse finanzielle Hilfe geleistet werden. — (Bekanntlich ist Malta von einer fast rein italienischen Bevölkerung bewohnt, die aus ihrer Sympathie für das Mutterland auch bei Gelegenheit kein Hehl gemacht hat. Deshalb soll die Insel, die als englische Zwingsburg im Mitteländischen Meer ausgebaut ist, für „rein lokale Angelegenheiten“ Selbstständigkeit erhalten. Im übrigen herrscht Alton wie überall in der Welt.)

Die Unruhen in Ägypten.

London, 19. Nov. Amtlichen Nachrichten zufolge vollzog sich die Rückkehr des Sultans von Alexandria nach Kairo am Sonntag in völliger Ruhe. Es kam jedoch nachher zu Meutereien, wobei 2 Polizeikommissariate angezündet wurden. Die Polizei und herangezogene Truppen mußten von der Waffe Gebrauch machen, wobei es zahlreiche Verletzte gab. Die Ordnung ist wiederhergestellt.

Kairo, 19. Nov. Im Verlaufe der gestrigen Kundgebungen belagerte die Menge die Polizeiwachen. Die herbeigeeilten englischen Truppen eröffneten das Feuer auf die Menge. Elf Personen wurden getötet und etwa 60 verletzt, darunter zehn schwer. Heute morgen war die Stadt ruhiger. Die Kundgebungen waren weniger bedeutend und harmloser (!) Art. Die Straßenbahn hat den Betrieb eingestellt. Der Ton der arabischen Presse ist sehr erregt. Der Sultan ist incognito in Kairo angekommen. Die Bildung des neuen Kabinetts scheint Schwierigkeiten zu bereiten. — Die Engländer heißen Kundgebungen, bei denen Ägypter erschossen werden, harmlos.

Das Kabinet über die Ratifikation des Friedensvertrags durch Amerika.

Rotterdam, 20. Nov. Der Washingtoner Berichterstatter der „Morningpost“ meldet, daß amerikanischen Blättern zufolge ein Vergleich über den Friedensvertrag wahrscheinlich geworden ist. Die „New-York Tribune“ sagt, daß Senator Lodge gewillt sei, die Einleitung zu den Vorbehalten fallen zu lassen. Man erwarte, daß der Senat dann den Friedensvertrag ratifizieren werde. Wilson werde sich mit dem Beschluß des Senats abfinden und die Alliierten sich mit Schweigen darein fügen.

(W.B.) Washington, 20. Nov. Erklärungen, die der Senator Lodge abgegeben hat, lassen voraussehen, daß der Senat dem Benehmen des Präsidenten bezüglich des Friedensvertrags nicht nachkommen wird.

Amsterdam, 20. Nov. Die Blätter melden aus Washington, daß Wilson am Montag zum ersten Male das Haus verlassen durfte. — Merkwürdig, wie schnell so eine „Gehirnerweichung“ behoben werden kann, wenn wärmere Lüste vom Schat her wehen.

Anstalt.

Verkauf industrieller Werke in Lothringen.

Nach Beschluß des Tribunal Regional Metz sind im Wege der Submission folgende sequestrierte Werke in Lothringen veräußert worden:

1. die Metallfabrik in Nombach an die Société d'Etudes et d'Entreprises industrielles; Kaufpreis 125 Millionen Franken;
2. die Werke von Hagendingen, die der Firma Thöffen gehörten (Hochöfen, Stahlwerke, Mienen, Zementwerke), an das Groupement de Consommateurs de produits métallurgiques, an deren Spitze Baron Bettet steht; Kaufpreis 150 Millionen Franken;
3. die Lothringische Hütten- und Bergwerks-A.-G. (La Poise Knautange-Ausmetz; Stahlwerke, Hochöfen und Mienen) an die Firma Participation minière et métallurgique d'Alsace-Lorraine, der u. a. Schneider-Creufot und de Wendel angehören; Kaufpreis 107 400 000 Franken;
4. die Aktiengesellschaft Eisenwerken in Aubun-le-Tiche an das Syndikat de l'Alzette; Kaufpreis 38 500 000 Franken;
5. die Werke Thöffen in Vers-sur-Möelle an das Syndikat des Boulonniers finistrés du Nord; Kaufpreis 1 600 000 Franken;
6. Kammern-Werke in Tilonville an die Etablissements Charnure-Briol; Kaufpreis 2 400 000 Franken.

In diesen Zahlen sind die Sequesterkosten nicht begriffen.

Das Ergebnis der Wahlen in Belgien.

(W.B.) Brüssel, 20. Nov. Die neue Deputiertenkammer wird folgendermaßen zusammengesetzt sein: 73 Katholiken (Verlust 26 Sitze), 70 Sozialisten (Gewinn 30 Sitze), 34 Liberale (Verlust 11 Sitze), 9 Parteilose. — Die amtlichen Resultate der Senatswahlen ergeben, daß nach dem allgemeinen Stimmrecht gewählt sind: 43 Katholiken, 30 Liberale und 20 Sozialisten. Die Katholiken verlieren 19 Sitze, die Liberale gewinnen 2 und die Sozialisten 10 Sitze. — Am 27. November werden 27 Senatoren ernannt werden. Der alte Senat bestand aus 71 Katholiken, 34 Liberalen und 15 Sozialisten.

Die neue italienische Kammer.

(W.B.) Rom, 20. Nov. Laut „Epoca“ umfaßt die neue italienische Kammer 138 Sozialisten, 81 Katholiken und 289 Deputierte der Mittelparteien.

(W.B.) Rom, 20. Nov. (Stefani.) Die Wiederwahl der ehemaligen Ministerpräsidenten Giolitti, Salandra, Boselli, Orlando und Luzzatti kann als gesichert angesehen werden. Sonnino hatte seine Kandidatur nicht aufgestellt.

Beabsichtigte Gegenmaßnahmen gegen den Rohlenarbeiterstreik in Amerika.

Chicago, 18. Nov. Wie verlautet, wird beabsichtigt, den Personenverkehr um 40 Prozent zu vermindern und alle unwesentlichen Industrien stillzulegen. Durch diese Maßnahme würden 15 Millionen Menschen arbeitslos werden.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 20. November 1918.

Hochwassergefahr.

* Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß die plötzliche Schneeschmelze bei fortwährendem Regen Hochwasser auf der Nagold zur Folge haben könnte. Im Hinblick auf die Vorwarnung beim letzten Hochwasser wird deshalb den Sägewerksbesitzern ange raten, die an der Nagold lagernden Langholzstämme zu verantern, damit sie nicht wieder eine Ueberschwemmung in den unteren Stadtteilen begünstigen.

Bereinigung der Handelsgärtner des Bezirks.

Man schreibt uns: Nachdem sämtliche gewerbliche Berufsstände sich zu Innungen und Genossenschaften zusammengeschlossen haben, was in den derzeitigen Verhältnissen des wirtschaftlichen Lebens sehr wohl begründet ist, haben sich auch die Handelsgärtner der hiesigen Stadt und vom ganzen Oberamtsbezirk zusammengeschlossen zu einer Ortsgruppe der Württemb. Handelsgärtnervereinigung, um so die wichtigsten Geschäftsinteressen gemeinschaftlich zu wahren und zu vertreten. Namentlich ist es der Bezug der teils unerschwinglichen Rohmaterialien für Frühbeete, Sämerei, künstliche Düngemittel und notwendigen Heizmaterials, der jedem einzelnen Gärtner außerordentliche Schwierigkeiten bereitet. Auch sollen die Preise für die Erzeugnisse und Arbeitsausführungen den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend erhöht werden in Rücksicht auf die Erhöhung der meisten Rohstoffe um mehr als das zehnfache. Soll der Gärtnerstand leistungsfähig bleiben, so wird auch jedermann den eingeführten Preisaufschlag seiner Erzeugnisse, der in jedem Gärtnerbetrieb ausgehängt ist, richtig beurteilen und verstehen.

Die Forderungen der deutschen Landwirtschaft.

Der Reichsauschuß der Deutschen Landwirtschaft hat nach Beratung mit sämtlichen landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands, wie verschiedene Morgenblätter melden, seine grundsätzlichen Forderungen in einer Kundgebung zusammengestellt, die dem Reichswirtschaftsminister, dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler, dem Reichsrat und sämtlicher Bundesregierungen zugeföhrt wurde. An die Stelle der jetzigen Zwangswirtschaft müsse

die Beförderung auf Grund der tatsächlichen Leistungsfähigkeit treten, so daß die öffentliche Bewirtschaftung sich nur auf Brotgetreide und, sofern dies mit Rücksicht auf die Kinder und die Kranken nicht zu vermeiden ist, auf die Sicherung der Milch und der von der Milchbewirtschaftung nicht zu trennenden Molkereierzeugnisse für diese Bedürfnisse erstreckt. Die Fleischbewirtschaftung sei sofort aufzuheben. Von einer Zuerwerbwirtschaft im nächsten Erntejahr sei abzusehen usw.

Einschränkung des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen.

Personenkraftwagen und Krafttraber dürfen an Sonn- und Festtagen nicht mehr fahren. In allen Tagen dürfen sie in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens nicht mehr verkehren. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn die Fahrzeuge zur Ausübung lebenswichtiger Berufe (Ärzte, Tierärzte usw.) oder dringenden volkswirtschaftlichen Gründen (behördliche Lebensmittelversorgung, Kohlenversorgung) dienen. Werden solche Fahrzeuge zum Schleichhandel und Samstern mißbraucht, so ist ihre behördliche Einziehung zu erwägen.

Dr. med. dent.

Nach einer Mitternacht hat das Württ. Kultusministerium der Medizinischen Fakultät in Tübingen die Genehmigung erteilt, bei Erfüllung bestimmter Bedingungen die Würde eines Dr. med. dent. (Doktor der Zahnheilkunde) zu erteilen.

Teinach, 20. Nov. Aus der Gefangenschaft zurückgekehrt sind: Wilhelm Wed, von November 1918 bis April 1919 in Gaiber Pascha interniert; Friedrich Fried, von November 1918 bis Juli 1919 in Saloniki interniert; Adolf Fied, von Oktober 1918 bis August 1919 in englischer Gefangenschaft; Walter Hildgardt, von Oktober 1918 bis Oktober 1919 in amerikanischer Gefangenschaft in Frankreich; Friedrich Wagner, von November 1918 bis August 1918 interniert in Gaiber Pascha.

Vom Landtag.

Die Beschaffungszulagen.

Der Landtag hat in seiner Normittagsitzung das Genußverwehrsenergesetz und die damit zusammenhängenden Nachtragsgesetze debattiert und einstimmig in dritter Lesung angenommen. Auch die beiden Nachträge zum Finanzgesetz und Haushaltsplan über die Beschaffungszulage an Beamte und Arbeiter fand in erster, zweiter und dritter Beratung einstimmige Annahme. Pfleger (Soz.) erstattete den Bericht über die dazu erforderlichen 80 Millionen, die nur durch Schuldaufnahme eingebraucht werden können, während die Bürgerpartei wünschte, daß 55 Millionen davon, die den Beamten und Arbeitern der Verkehrsanstalten zuzuföhren, durch Erhöhung der Eisenbahntarife gedeckt werden. Dieser Antrag wurde im Plenum ebenso wie in der Kommission abgelehnt. Die Kommission hat eine Reihe von Orten in eine höhere Ortsklasse für die Steuerzuschüsse eingewiesen, wodurch ein Mehraufwand von 3 Millionen M entsteht. Durch diese und ähnliche Veränderungen stellt sich schließlich der Gesamtaufwand auf 85 Millionen. Körner (B. B.) hatte in der Debatte den erwähnten Defizitsantrag der Bürgerpartei vertreten, Scheef (D. B.) ihn bekämpft. Der Finanzminister Lieching hob hervor, die Leistungen Württembergs an Beamte und Arbeiter überfliegen die aller anderen Staaten. Er übte eine scharfe Kritik an der Finanzpolitik des Reiches, die geändert werden müsse. Aber auch eine Tarifierhöhung bringe keine erheblichen Einnahmen. Ohne Deckung dürfe es keine Ausgaben mehr geben, sonst sei der Bankrott da. Auch dürfe diese Zulage im nächsten Jahre nicht wiederholt werden. Man hätte sich in Württemberg nicht zu ihr entschlossen, wenn nicht das Reich vorangezogen wäre. Besser gewesen wäre eine Ausgleichszulage für den Unterschied zwischen dem Einkommen des Arbeiters und dem des Beamten. Die württ. Regierung sei für den Weltkrieg nicht verantwortlich, also auch nicht für die heutigen Zustände. Lauterbach (S.) schiebt dem Bauernbund die Schuld an der Notwendigkeit solcher Zulagen zu. Fischer (U. S. B.) fürdet sie der kapitalistischen Wirtschaftsform auf. Feil (Z.) lehnt die Deckung durch Tarifierhöhung ab. Nur durch gemeinschaftliche Arbeit der Beamten und Arbeiter ohne Rücksicht auf die Arbeitszeit komme man aus den unfaßbaren Zuständen heraus. Unherordentliche Zulagen dürften nicht wieder kommen. Körner (B. B.) beharrte darauf, daß notwendige Ausgaben durch entsprechende Einnahmen gedeckt werden. Die Resolution habe unsere gute Wirtschaftsordnung ungeworfen. Er erinnere nur an die Abschaffung der Affordarbeit und an die Einführung des Achtstundentags. Ohne die fleißige Arbeit der Landwirtschaft wären wir schon Bankrott. Die Regierung müßte neuen, statt neuer Ministerien und Ämter zu errichten. Bagille (B. B.) weist dem Finanzminister als Mitglied des Staatsministeriums die Mitverantwortung an der Reichspolitik zu. Diese sei von Anfang an gemacht worden von den demokratischen Mehrheitsparteien und dem Kanzler und sie habe zur Revolution geführt. Die Bürgerpartei sei von der Mehrheit an der Mitarbeit gehindert und in die Opposition gedrängt worden. Helfen könne nur ein Verbot des Streiks, Wiedereinführung der Affordarbeit, Abschaffung des Achtstundentags, Beschränkung der Erwerbslosenfürsorge und Beseitigung der Anarchie. Gegen 1 Uhr wurde abgebrochen. Nachmittags 4 Uhr kommt die 2. Beratung des Landwirtschaftsgesetzes samt der Beantwortung verschiedener Anfragen an die Reihe.

Druck und Verlag der A. Böhmler'schen Buchdruckerei, Calw. Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Seimann, Calw.

Stadtschultheißenamt Calw.

Bekanntmachung,
betreffend die

Wahl der Abgeordneten der Stadt Calw zur Amtsversammlung.

Bei der durch den Gemeinderat am 13. November 1919 nach Vorchrift des Art. 27 der Bezirksordnung und der Art. 38 und 52 Abs. 4 der Gemeindeordnung in Verbindung mit Art. IV des Gesetzes betreffend die Zusammensetzung des Bezirksrats vom 4. Oktober 1919 vorgenommenen Wahl von

10 Abgeordneten der Stadt Calw zur Amtsversammlung wurden gewählt:

1.	Stadtschultheiße Göhner	mit 20 Stimmen,
2.	Gemeinderatsmitgl. Schiele	20 "
3.	" Stör	20 "
4.	" Frommer	20 "
5.	" Staudenmeyer	19 "
6.	" Autenrieth	19 "
7.	" May	19 "
8.	" Dreiß	19 "
9.	" Sannwald	19 "
10.	" Bächle	18 "

Weitere Stimmen haben erhalten:

Gemeinderatsmitglied Stüber, Fabrikant Hermann Wagner, Gemeinderatsmitglied Georgii, Gemeinderatsmitglied Scholl, Gemeinderatsmitglied Wagner.

Als Stellvertreter:

1.	Gemeinderatsmitgl. Frau Konz	19 "
2.	" Bischoff	19 "
3.	" Scholl	19 "
4.	Flachnermeister Essig alt	19 "
5.	Fabrikant Hermann Wagner	18 "

Weitere Stimmen haben erhalten: Gemeinderatsmitglied Georgii, Gemeinderatsmitglied Widmaler, Gemeinderatsmitglied Wegel, Gemeinderatsmitglied Maier und Fabrikant Gustav Wagner.

Die Wahlperiode umfaßt die Kalenderjahre 1920, 1921 u. 1922. Vorstehendes Ergebnis wird mit dem Anfügen bekannt gemacht, daß die Wahl von jedem Gemeinderatsmitglied, sowie von jedem, auf welchen eine Stimme abgegeben wurde, innerhalb einer Woche — 20. November bis 28. November — im Wege der Einsprache angefochten werden kann.

Die Entscheidung über die erhobenen Einsprachen steht dem Bezirksrat zu. Gegen dessen Entscheidung ist binnen einer Woche nach Eröffnung der letzteren Beschwerde an die Kreisregierung zulässig, welche endgültig entscheidet.

Calw, den 19. November 1919.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Handwerkskammer Reutlingen.

Meister = Prüfungen.

Im Laufe dieses Winters finden am Sitze der Handwerkskammer wieder Meisterprüfungen in sämtlichen Gewerben statt.

Den Prüfungen gehen nach Bedarf freiwillige Vorbereitungskurse in Buchführung, Kalkulation, Buchhaltung, Gewerbrecht und Gesetzeskunde voraus. Das Unterrichtsgeld beträgt 15 Mark. Voraussetzlich werden auch diesmal wieder von den gewerblichen Vereinigungen der einzelnen Oberamtsbezirke Vorbereitungskurse, die von der Handwerkskammer und der Zentralstelle für Gewerbe und Handel finanziell unterstützt werden, abgehalten. Anmeldungen zur Prüfung, wozu Formulare unentgeltlich von der Geschäftsstelle der Kammer bezogen werden können, sind mit Nachweis (Zeugnis oder amtliche Bescheinigung) über das Bestehen der Gesellenprüfung und einer mindestens 4-jährigen Gesellenzeit, sowie mit der Angabe, ob ein Vorbereitungskurs besucht werden will, spätestens bis zum 5. Dezember 1919 an die Handwerkskammer Reutlingen einzureichen. Mit der Anmeldung ist die Prüfungsgebühr von 30 Mark und im Falle des Kursbesuches weitere 15 Mark, zusammen also 45 Mark, auf unser Postkontokto Nr. 847 einzubehalten. Die Prüfungstermine selbst können erst festgesetzt werden, wenn alle Anmeldungen vorliegen.

Reutlingen, den 19. November 1919.

Der Vorstand der Handwerkskammer:

Vorsitzender: Syndikus:
R. Bollmer. R. Hermann.

Sommenhardt.

Fichten = Stockholz = Verkauf.

Die Gemeinde ist in der Lage ca. 60 Raummeter Stockholz abzugeben.

Offerten wollen bis 24. November 1919, womöglich nach Zentner eingereicht werden. Abfuhr günstig.

Gemeinderat.

Zu verkaufen! Filz- und Lederschuhe.

Fehlende Nummern können in einigen Tagen geliefert werden.

Karl Stoll, Haaggasse.

Ein noch fast ganz neues Harmonium

mit 6 Register, Koppler Klavierschw. und eingebauter Harmonika wegen Platzmangel zu verkaufen.

Wo sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Warnung!

Sebermann, der über mich unwahre Aussagen macht, werde ich gerichtlich belangen.

Klara Walz, Dedienpfronn.

Bad Liebenzell.

**Buchbinderei
Buchdruckerei und
Einrahmungs-
Geschäft**

empfiehlt sich in allen einschlägigen Arbeiten.

**Kaufe auch ältere
Bildergläser.**

Karl Fuchs.

**Einige Paare blaue
Briestauben**

(1918), gute Felderer u. Züchter, können billig abgegeben werden. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

6 Stück Hasen

billig zu verkaufen.
Kronengasse 109.

Altburg.

**Ein Zug- u. Fahr-
Ruh**

samt Kalb zu verkaufen
Friedrich Dürr, Wm.

Schmieh.

Einen Wurf reine ans Fressen gewöhnte

**Milch-
Schweine**

hat zu verkaufen
Gottlieb Reutlinger,
Gemeindepfleger.

**Ziegenfelle
50 Mark**

Rehfelle

30 Mark

Obige Preise bezahlt jetzt für große gutbehandelte Felle. Für

**Fuchs, Marder,
Iltis**

sowie alle anderen

Felle

allerhöchste Preise.

E. Maishofer,
moderne Tierausstatterei
Pforzheim, Lindenstraße 52.
Telephon 1501.

Brennholz

jeder Art, sowie

Stockholz

greifbar und auf Abschluß kaufen und erbitten Angebote mit Preis

H. G. Mertens & Co.,
Ludwigsburg, Telefon 628.

Suche einige Meter brennendes

Brennholz

zum höchsten Tagespreis zu kaufen

Penfion Adam, Hirsau.

Ein älteres

Bett

hat zu verkaufen.

Wer sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Ein Paar fast neue

Shi

zu verkaufen, Länge über 2 Mtr.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.



Wanderung

am Sonntag, den 23. November 1919, Wolfschlucht-Hirsau (Hirsch und Lamm). Abmarsch punkt 2 Uhr vom Brühl. Der Schriftführer

Mädchen = Gesuch.

Tüchtiges solides

Zimmermädchen

gefesten Alters, das auch nähen und bügeln kann, in ein Familienhaus, bei hohem Lohn gesucht.

Frau Fabrikbesitzer Fesler,
Pforzheim, Lindenstraße 36.

Ein Hausmädchen

und ein

**Anfangs = Zimmer-
Mädchen**

sucht Schwarzwaldbheim

Schönbürg, Stat. Liebenzell.

Mädchen = Gesuch.

Suche auf sofort ein tüchtiges, braves

Mädchen

für kleinen Haushalt, das etwas kochen kann. Gute Behandlung zugesichert. Gesuche mit Lohnansprüchen an

Kassier Wilh. Dürr, Durlach
i. B., Rittnerstraße 11.

! Uhren !

kauft man vorteilhaft bei

Friedr. Schwämmle

Bad Teinach

Geld

verleihen an sichere Leute monatl. Rückzahlung. H. Blume & Co., Hamburg 5.

Vogelfutter

empfeht

Otto Irwig, Landesprodukte.

Ottendronn.

Berkaufe eine erstklassige, fehlerfreie

Zug- u. Fahr-Ruh

samt dem 3. Kalb

Andreas Bullinger.

**Remy = Reisstrahlen-
Stärke**

empfeht

Ch. Schlatterer.

Möbliertes womögl. heizbares

Zimmer

wird sofort in Calw zu mieten gesucht. Angebote mit Preis unt. 3. 111 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Ein wenig gebrauchter

Dauerbrand = Ofen

für großes Lokal geeignet, zu verkaufen. Ebendasselbst werden einige gebr.

Fässer

im Gehalt von 600-800 Liter zu kaufen gesucht.

Wo sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Einen neuen

Gehrock = Anzug

hat zu verkaufen.

Wer sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Ein gut erhaltener, schwarzer

Neberzieher,

mittlerer Größe, ist preiswert zu verkaufen.

Hermann Kölle, Schneider,
Zwinger 300.

Calw, den 20. November 1919.

Todes-Anzeige.



Berwandten, Freunden und Bekannten gebe ich hie mit die schmerzliche Nachricht, daß meine teure Frau, unsere liebe Mutter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Pauline Stahl,
geb. Erhardt,

nach 12tägiger schwerer Krankheit und hartem Ringen im Alter von nicht ganz 40 Jahren heute früh von uns genommen und zur Ruhe des Volkes Gottes verjammelt worden ist. — Psalm 126, 5. 6.

Um stille Teilnahme bittet

im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Missionar Heinrich Stahl,

mit seinen 4 Kindern

Heinrich, Gerhard, Helene und Johanna.

Die Beerdigung findet am Samstag Mittag um 2 Uhr statt.

Altburg, den 19. November 1919.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Bruder, Schwager, Onkel und Neffe



Martin Mohr,

nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 21 Jahren heute früh um 10 Uhr sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Geschwister.

Beerdigung Freitag Nachmittag 2 Uhr.

Achtung!

Infolge der ungünstigen Wirtschaftslage, der schlechten Transportverhältnisse, wird sich auch die Beschaffung von Düngemitteln immer schwieriger und teurer gestalten. Seht Euch vor! Bucherer und Schieber bereifen das Land, bieten jeden Preis für Lebensmittel, halten sie zu Spekulationszwecken zurück und heigern dadurch indirekt die Unzufriedenheit der städt. Bevölkerung, Arbeiter etc. — Lohnstreiks, Verkehrsstörungen, Aufruhr und weitere Verteuerung sind die Folge. Darum verkauft zu normalen Preisen an alte bekannte Handelsfirmen.

Zur Lieferung unmittelbar an die Verbraucher kaufe ich grüne und gelbe Erbsen, Linsen, Bohnen und Vörröbst

und liefere dagegen:

für Hilfsfreichte die dreifache Menge

für Vörröbst die zweifache Menge .. **Rainit**

zu den den Syndikatsvorschriften entsprechenden Preisen.

Sch bitte um umgehende Angebote mit Angabe der abzugebenden Menge, Lieferzeit, äußersten Preis per Pfund ab Bahnstation. Säcke stelle ich.

Robert Hallmayer, Stuttgart, Kriegsbergstr. 7.
Lebensmittelgroßhandlung, gegr. 1885.

**Dunkelbrauner
Neberzieher**

wie neu, mittlere Größe, hat zu verkaufen. Wer sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

**Echte Remy = Reisstrahlen-
Stärke**

empfeht

R. Hauber.

Gut erhaltenen

Puppenwagen

zu kaufen gesucht.

Näheres erbittet M. Siskler,
Bischoffstraße 453 parterre, rechts.

D b o l

eingetroffen und gibt ab solange Vorrat reicht

J. Obermatt, Frijeurgeschäft.

40 Zentner gelbe

Rohlraben

zu kaufen gesucht.

Neue Handelschule.

Zu verkaufen eine

Zimmerflinte 6 mm

Staab, Liebenzell

Größere Kisten

gibt ab Ritter-Drogerie Calw.

Deutsche Spar-Prämienanleihe von 1919.

Die nachgenannten Zeichnungs- und Vermittlungsstellen nehmen Anmeldungen auf die in der Zeit von

**Montag, den 10. November bis
Mittwoch, den 26. November
mittags 1 Uhr**

stattfindende Zeichnung von

**fünf Milliarden Mark
Deutsche Spar-Prämien-
anleihe von 1919**

entgegen. Früherer Zeichnungsschluss bleibt vorbehalten.

Die Anleihe besteht nur aus Stücken zu Mk. 1000.—.

Die Gewinnverlosungen finden zweimal jährlich statt, die erste Gewinnverlosung im März 1920. Bei jeder Gewinnverlosung werden 2500 Gewinne im Betrag von 25 Millionen Mark gezogen.

Außerdem finden Tilgungsverlosungen mit wachsenden Rückzahlungsbeträgen jährlich einmal statt, erstmals am 1. Juli 1920.

Der Preis für jedes Sparprämienstück beträgt Mk. 1000.— Hiervon sind Mk. 500.— in 5% Deutscher Reichsanleihe zum Nennwert berechnet und Mk. 500.— in bar zu beileihen. Die Begleichung der zugewiesenen Beträge muß bis zum 29. Dezember ds. Js. erfolgen.

Zu Auskünften über die näheren Einzelheiten, sowie zur Beschaffung der für die teilweise Begleichung erforderlichen Stücke von 5% Deutscher Reichsanleihe sind die Unterzeichneten jederzeit bereit.

**Creditbank für Landwirtschaft
und Gewerbe in Calw, e. G. m. b. H.**

Spar- u. Vorschussbank Calw.

OberamtsSparkasse Calw.

Limonaden = Geschäft,

komplette Einrichtung samt Flaschen, ist preiswert zu verkaufen.

Für eine kleine Familie ist damit eine sichere Lebensversicherung garantiert. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Sägmühle, Mahlmühle,
Fabrik oder Gebäude mit Wasserkraft
zu kaufen gesucht.**

Angebote an
Stephan u. Frank, Pforzheim, Zähr. Allee.

OberamtsSparkasse Calw. Betreff. Hinterlegung von Wertpapieren.

Zufolge der Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 24. Oktober 1919

dürfen ab 1. Dezember ds. Js. Zins- oder Gewinnanteilscheine, sowie ausgeloste, gekündigte oder zur Rückzahlung fällige Stücke von inländischen Wertpapieren nur bei Sparkassen und Banken zur Einlösung gebracht werden, bei denen das ganze Wertpapier oder der Zinscheinebogen mit dem Erneuerungsschein hinterlegt sind.

Von dieser Vorschrift sind nur diejenigen Eigentümer von Wertpapieren befreit, die beim zuständigen Steueramt (Kameralamt) ein Verzeichnis ihres Besitzes unter Angabe der Gattung des Nennwerts und der Nummer eingereicht haben und ein Exemplar dieses Verzeichnisses mit dem Befähigungsvermerk des Finanzamts versehen jeweils bei der Einlösung der Sparkasse oder Bank vorlegen.

**Die Hinterlegung und Verwaltung
von Wertpapieren nimmt
auch die OberamtsSparkasse Calw an.**

Die halbjährlichen Zinscheine trennt sie bei Verfall ab und schreibt den Betrag im Sparbuch des Hinterlegers gut, oder zahlt denselben auf Wunsch auch bar aus am Kassenschalter oder durch die Post.

Calw, den 19. November 1919.

**OberamtsSparkasse
Pommert.**

Wegen Familien-Fest

bleibt mein Geschäft

am Samstag geschlossen

und bitte meine werthe Kundschaft

**ihre Fleisch am Freitag
von morgens 9 Uhr ab abzuholen.**

Hochachtungsvoll

**Wilhelm Schnauser,
Metzgermeister.**

Spar- u. Vorschussbank

eingetr. Genossenschaft m. b. H.

**Agentur der Württ. Notenbank
Calw**

**Eröffnung v. laufend. Rechnungen
und Scheck-Konten.**

Sparkasse { Annahme von Geldanlagen
gegen Kündigung.

An- u. Verkauf von Wertpapieren,
unter gewissenhafter fachmännischer Beratung.

5% Reichsanleihe stets vorrätig

Stroh

kaufe jedes Quantum Roggenstroh

(Flegelbruch) und erbitte Offerte an

Württembergische Strohseilfabrik Fr. Wörner,
Bildecingen = Horb a. N.

Dresdner Bank

Aktienkapital und Reserven
M 340 Millionen

Stuttgart Cannstatt

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Sonntag, den 23. November 1919 stattfindenden

Nachhochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Nüßle“ in Neuhengstett freundlichst einzuladen.

**Wilhelm Müller,
Sohn des Wilhelm Müller, Ebersbach,
Anna Müller, geb. Klenze,
Tochter des Johannes Klenze, Neuhengstett.**

Wir bitten dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 22. November 1919 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in den Gasthof zum „Hirsch“ in Sonnenhardt freundlichst einzuladen.

**Johann Lörcher,
Schmied, Sonnenhardt,
Maria Volz,
Altburg.**

Kirchgang 12 Uhr in Zavelstein.

Wir bitten dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 22. November 1919 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zur „Krone“ in Altburg freundlichst einzuladen.

**Matthäus Dietrich,
Sohn des Ludwig Hahn, Fabrikarbeiter, Altburg,
Elise Gengenbach,
Tochter des Jakob Gengenbach, Postboie, Kapfenhardt.**

Kirchgang 1 Uhr.

Wir bitten dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen.

Breitenberg.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 22. November 1919 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in unser elterliches Haus Gasthaus zur „Krone“ hier freundlichst einzuladen.

**David Hennefarth,
Sohn des Jakob Hennefarth, Bauer, hier,
Anna Schuler,
Tochter des Karl Schuler, Auenwirt, hier.**

Kirchgang 11 Uhr.

Wir bitten dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

Ständiges Inserieren bringt Erfolg!